

Grundsteuer in Oberzent soll massiv steigen

Unpopulär, aber nötig: Mit Steuererhöhungen will Bürgermeister Kehrer die Finanznot der Kommune lindern.

Beerfelden. Eine Erhöhung der Grundsteuer B um 48 Prozent von 310 auf 460 Prozentpunkte? Da mussten die Mitglieder der drei versammelten Oberzent-Ausschüsse bei ihrer Sitzung doch gewaltig schlucken. Die Erhöhung würde rückwirkend zum 1. Januar greifen, wenn sie so kommt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen. Bürgermeister Christian Kehrer wurde nicht müde, zu betonen, dass aber sonst der finanzielle Kollaps drohen würde.

Manches ist nicht kostendeckend

Die Kommune hat jede Menge Aufgaben, erläuterte der Rathauschef. Dazu kommen auch einige freiwillige Ausgaben. Er nannte hier unter anderem Soziales oder Vereinsförderung. Auch das trug in der Vergangenheit zum Anstieg der Grundsteuer-Hebesätze bei. So gibt es bei den Kindergarten- und Friedhofsgebühren keine Kostendeckung, was zwei Millionen Euro Verlust in diesem Jahr bedeutet.

Steuerausfälle, weniger Zuweisungen, höhere Kreisumlage, weniger Gewerbesteuer: All das trug seinen Worten zufolge dazu bei, dass die Stadt immer mehr finanziell in Schieflage gerät. „Wir werden uns in den kommenden Jahren umstellen müssen“, sagte Kehrer. Es gebe „unwahrscheinlich hohe Standards“ in manchen Bereichen, die nicht mehr zu halten sein werden.

Der Bürgermeister verdeutlichte den Ausschussmitgliedern die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres. Die sinkende Schlüsselzuweisung „tut weh“, sagte er. Dadurch fehlt eine Million Euro. Die hohen Gewerbesteuereinnahmen von 2023 bedeuten in 2025 niedrige Zuweisungen. Außerdem sinkt der Einkommensteueranteil. Das hat aber noch nichts mit dem Zensus zu tun, nach dem Oberzent weniger als 10.000 Einwohner hat, sagte er auf Frage von Wilfried Friedrich (ÜWO). Greift der neue Zensus – gegen den Stadt aber geklagt hat –, würde dies noch einmal eine Million weniger im Stadtsäckel bedeuten.

Sollte die Wirtschaft entlastet werden, wie es der Bund plant, „werden die Kommunen darunter leiden“, entgegnete Kehrer Horst Kowarsch (Grüne). Die Gewerbesteuer geht zurück. Deshalb laufen die Spitzenverbände dagegen Sturm. „Die Demokratie lebt von unten“, forderte er die Stadtverordneten auf, ihre Parlamentarier für die Situation zu sensibilisieren. Sowieso hat Oberzent für eine Gemeinde dieser Größe zu wenig große Gewerbebetriebe, meinte er. Viele kleine Firmen sorgten für die Einnahmen.

Mit ein paar (zusätzlichen) Einnahmen lässt sich das prognostizierte Haushaltsdefizit von 2,3 Millionen Euro in diesem Jahr etwas vermindern. Die Spielapparatesteuer spült 210.000 Euro in die Kasse. Bei der Hundesteuer gibt es noch Spielraum nach oben. Der Holzeinschlag bringt 150.000 Euro mehr als gedacht. Hier sollen außerdem zusätzliche 5000 Festmeter eingeschlagen werden, was eine weitere halbe Million bedeutet. Bei Personal- und Sachkosten könnte man pauschal zwei Prozent kürzen, was zusätzliche 300.000 Euro bedeutet. Dazu kommen 600.000 Euro Guthaben aus den Vorjahren. „Das Delta von 800.000 Euro Minus müsste dann durch die Grundsteuer-Erhöhung abgedeckt

werden“, führte Kehrler aus. Im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen gilt es dann darüber zu reden, „was wir uns leisten können“. Denn die Einmaleffekte sind 2026 weg.

Vom Land und der Kommunalaufsicht habe die Stadt mit dem Hinweis auf andere Kommunen im Odenwaldkreis das klare Signal bekommen, ebenfalls die Sätze zu erhöhen. Andernfalls wird es keinen genehmigten Haushalt geben. Der Bürgermeister machte darauf aufmerksam, dass bei der Grundsteuerreform die Zahlen des Finanzamts zwecks Aufkommensneutralität nicht korrekt waren und 120.000 Euro fehlen. Die Erhöhung der Kreisumlage sollte man 1:1 an die Bürger weitergeben, schlug er vor. Kehrler wies darauf hin, dass eine Erhöhung bis 30. Juni verabschiedet sein muss, damit sie rückwirkend greifen und für den Haushalt 2025 verwendet werden kann. „Wir müssen was tun“, forderte er. Wenn es keinen Haushalt gibt und keine weiteren Kassenkredite möglich sind, ginge es in Richtung Zahlungsunfähigkeit.

„Es tut weh, aber bei anderen ist es noch schlimmer“, hatte er einen schwachen Trost parat. Um gleich hinterherzuschieben: „Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht.“ Seinen Worten zufolge zahlen aktuell 94 Prozent der Bürger Grundsteuern bis zu 620 Euro im Jahr. Auf diese Gruppe kommt je nach Messbetrag eine Erhöhung bis 75 bis 300 Euro zu.

Auch wenn die Ausschüsse den grundsätzlichen Handlungszwang erkannten, hielten nicht alle Mitglieder das Vorgehen für richtig. Chris Poffo (ÜWO) sah den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht. Erst sollte man über den Haushalt reden und dann über die Erhöhung. Was allerdings wegen der auch von anderer Seite bemängelten Kurzfristigkeit der Entscheidung nicht möglich ist.

Elisabeth Bühler-Kowarsch (Grüne) sah die Stadtverordneten in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen, damit die Stadt handlungsfähig bleibt. Man dürfe in Zukunft keine Gelder von irgendwo her erwarten. Sie betrachtete die Erhöhung als Schadensbegrenzung. Dr. Michael Reuter (SPD) machte sich mit diesen Maßnahmen weniger Gedanken um 2025 als eher um 2026, wenn die Einmaleffekte wegfallen.

Wilfried Friedrich äußerte seine Wut darüber, dass die Kommune Zulagen und Zuschüsse vom Land diktiert bekommt. Er regte an, bei der Grundsteuer A mehr und bei B weniger anzuheben – was aber unterm Strich wenig ausmacht. Walter Gerbig (CDU) wies darauf hin, dass bereits in den vergangenen Jahren Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt wurden. „Jetzt ist manches am Zusammenbrechen.“

Achim Schäffler (ÜWO) störte sich daran, die Zahlen das erste Mal zu sehen und zustimmen zu müssen. Um die Erhöhung den Bürgern erklären zu können, „braucht es genauere Infos“. Weshalb Kowarsch anregte, erst noch einmal in die Fraktionen zu gehen. Abgestimmt wurde aber dann trotzdem: Bei wenigen Ja-Stimmen gab es zahlreiche Enthaltungen.

